

Wien, 20. Juli 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte SDG-AnsprechpartnerInnen,

wir begrüßen die aktive Teilnahme der Österreichischen Delegation beim fünften „**Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung**“ (High Level Political Forum - HLPF) in New York und hoffen, dass bei diesem Treffen zahlreiche Impulse für die erfolgreiche Umsetzung der 2030 Agenda gesammelt werden konnten. Trotz der aktiven österreichischen Beteiligung möchten wir aber auch unser Bedauern und unsere Verwunderung über die österreichische Zurückhaltung ausdrücken, sich der freiwilligen Überprüfung zu stellen. Bereits 2016 haben 22 Staaten ihre Fortschritte bei der Umsetzung der 2030 Agenda präsentiert, dieses Jahr legten weitere 44 Staaten – von Afghanistan bis Zimbabwe – Berichte vor. Von den 28 EU-Mitgliedstaaten werden bis 2018 jedenfalls 24 berichtet haben, wer 2019 berichtet, steht noch nicht fest. Sollte Österreich tatsächlich erst 2020 den ersten Bericht über seine Fortschritte legen, wird es möglicherweise zum einsamen Schlusslicht Europas werden. Andere Staaten, wie etwa die Schweiz, werden bis dahin sogar schon zwei Mal berichtet haben. Die Ankündigung, erst 2020 zu berichten, ist für uns in keinsten Weise nachzuvollziehen, da Österreich nicht Schlusslicht, sondern Vorreiter sein sollte.

„*Österreich ist bereit, auf die Umsetzung der Agenda 2030 auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene bis zum Jahr 2030 hinzuarbeiten und gemeinsam konkrete Schritte zur Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele im In- wie im Ausland zu setzen*“ heißt es am Beginn der im März 2017 veröffentlichten Darstellung „**Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich**“. Mit dieser Veröffentlichung wurde ein erster konkreter, ressortübergreifender und nach außen sichtbarer Schritt gesetzt, den wir ausdrücklich begrüßen. Fast alle Bundesministerien sowie die ADA, der Rechnungshof und die Statistik Austria haben gemeinsam eine umfassende Publikation vorgelegt, die wichtige Aspekte bei der Umsetzung der 2030 Agenda in Österreich zeigt. Wir möchten aber an dieser Stelle klarstellen, dass die vorgelegte Darstellung in unseren Augen nicht als Bericht im Sinne der in Absatz 74 der 2030 Agenda festgeschriebenen „Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse auf allen Ebenen“¹ angesehen werden kann, welcher viel systematischer, umfassender, empirisch fundierter und partizipativer sein müsste.

Ziel der Darstellung ist es nach eigener Definition, den **Diskurs mit der interessierten Öffentlichkeit zu fördern** und zugleich als Vorarbeit für die Berichterstattung beim HLPF zu dienen. Als Teil der interessierten Öffentlichkeit freuen wir uns ausdrücklich über diese Ankündigung und möchten zum Diskurs beitragen, indem wir mit Ihnen einige Gedanken, Erfahrungen und Einschätzungen teilen, welche nicht nur zu einer gelungenen Präsentation beim HLPF 2019/2020 beitragen können, sondern den Weg zu einer ambitionierten, kohärenten und partizipativen Umsetzung der 2030 Agenda und zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Politik erleichtern sollen.

¹ <http://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>

Die Darstellung der Bundesministerien zeigt, dass Österreich in vielen Bereichen der 2030 Agenda und der SDGs von einem im internationalen Vergleich hohen Ausgangsniveau ausgeht. In vielen Politikbereichen gibt es seit langem Bemühungen, soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit zu stärken. Es gibt bereits viele Strategien und konkrete Maßnahmen, die zu einzelnen Teilbereichen der SDGs beitragen – Österreich braucht sich hier nicht zu verstecken.

Gerade angesichts der guten Ausgangslage, in der sich Österreich befindet, plädieren wir aber nach wie vor für eine ergänzende **strukturierte, vollständige und veröffentlichte Bestandsaufnahme** und eine daraus resultierende **systematische Lückenanalyse**. Ohne eine solche wird es unserer Ansicht nach nicht möglich sein, dem universellen und integrierten Ansatz der Ziele und den hohen Anforderungen an die Politikkohärenz, die daraus resultieren, gerecht zu werden. Um erfolgreich zu sein, braucht es einen Ansatz, der ehrlich mit Schwächen und Lücken umgeht, und nicht nur bestehende Positivbeispiele präsentiert.

Die Forderung nach einer Lückenanalyse findet sich auch in den **EU-Ratsschlussfolgerungen** „Eine nachhaltige Zukunft für Europa: Reaktion der EU auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (10370/17) wieder. Weiters fordern die EU-Mitgliedstaaten in den Schlussfolgerungen die EU-Kommission nachdrücklich auf, bis Mitte 2018 eine **Umsetzungsstrategie** auszuarbeiten, in der **Zeitplanung, Ziele und konkrete Maßnahmen** dargelegt werden sollen. Auch bei der Durchsicht der HLPF-Länderberichte² wird deutlich, dass die Mehrheit der Staaten eine klare und übergeordnete Strategie für die Umsetzung erstellt hat.

Der bisherige österreichische „strategische Rahmen“, die SDG-Umsetzung ausschließlich via „**Mainstreaming**“, ohne ausdrückliche politische Führungsverantwortung, an verschiedene Bundesministerien auszulagern, indem man diese beauftragt „*die SDGs in die relevanten Strategien und Programme einzuarbeiten und gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne sowie Maßnahmen zu erstellen*“ und dadurch zu erwarten, dass die SDGs in „*effizienter, zielorientierter und eigenverantwortlicher Weise in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung*“³ integriert werden, erschließt sich uns nicht.

In unseren Augen braucht auch ein Mainstreaming-Ansatz **klare politische Verantwortlichkeiten**, ein deutliches politisches Commitment, durch das die Ziele in politische Entscheidungen einfließen sowie eine übergeordnete, kohärente Strategie, welche Wechselwirkungen adressiert, Zuständigkeiten festschreibt und bestehende sowie zukünftige Maßnahmen zur Erreichung aller SDGs (und Targets) darlegt. Ohne eine solche **gesamtsstaatliche, integrierte und strukturierte Vorgehensweise** erscheint die zu erwartende Umsetzung für uns punktuell, fragmentiert und nur bedingt zielführend. Auch in Hinsicht auf die Partizipation seitens der verschiedenen Stakeholder vermissen wir – über die punktuelle Einbeziehung hinaus – konkrete mittel- und langfristige Pläne. Ein strukturierter, partizipativer und integrativer Ansatz steht hier ebenfalls noch aus.

Die **interministerielle Arbeitsgruppe** nimmt in der Umsetzung der SDGs eine zentrale Rolle ein. Bisher ist sie einerseits für die Erstellung eines den international festgelegten Vorgaben entsprechenden regelmäßigen Fortschrittsberichtes auf Basis der vereinbarten Indikatoren zuständig, und hat gleichzeitig auch die Prioritäten in der Umsetzung für die jeweilige Berichtsperiode zu koordinieren. Beide Punkte sollten unserer Meinung nach in einem

² <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf#vnrs>

³ Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich - Darstellung 2016 (S. 7)

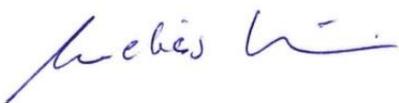
konstruktiven und partizipativen Dialog mit der Öffentlichkeit erfolgen, daher begrüßen wir die Ankündigung in der Darstellung, die Sichtbarmachung der SDG-Umsetzung, Bewusstseinsbildung sowie die Förderung von Transparenz als zentrale Bestandteile zu sehen (S.8). Wir stehen hier gerne unterstützend zur Verfügung und freuen uns über entsprechende Maßnahmen in Zukunft.

Wir plädieren für ein **langfristiges und strukturiertes Vorgehen**, bei dem das bisher Erreichte analysiert und die Chancen und Herausforderungen definiert und adressiert werden. Gemeinsam mit verschiedenen Stakeholdern sollte der weitere Weg diskutiert und konkrete Pläne erarbeitet werden. Insbesondere würden wir gerne mit Ihnen über folgende Fragen sprechen:

- Wo stehen wir in den verschiedenen Bereichen und wo wollen/müssen wir uns verbessern?
- Welche zusätzlichen Maßnahmen und politischen Entscheidungen könnte es brauchen, um bei der SDG-Umsetzung voran zu kommen?
- Wo sind die Handlungsfelder, die aus den Wechselwirkungen zwischen den Zielen entstehen, und wie gehen wir mit diesen um?
- Wie sehen die konkreten kurz-, mittel- und langfristigen Pläne dazu aus, sowohl innerhalb der Ressorts als auch im Sinne eines integrierten, gesamtstaatlichen Ansatzes?
- Wie kann man sicherstellen, dass die 2030 Agenda sowohl in Gesetzgebungsvorhaben als auch in der Budgeterstellung ausreichend Berücksichtigung findet?
- Welche inklusiven, partizipatorischen und transparenten Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse gibt es?

Zusammenfassend möchten wir an dieser Stelle auf den gemeinsamen **Brief von 144 Organisationen verweisen**, in dem wir unsere **Vorschläge für weitere Schritte** bereits dargelegt haben. Es ist ebenso in unserem Interesse, diese Vorschläge gemeinsam im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe zu diskutieren und miteinander an konstruktiven Kooperationen und Plänen für die langfristige, ganzheitliche und strukturierte Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs in und durch Österreich zu arbeiten. Die Vereinten Nationen bringen klar zum Ausdruck, dass die Ziele nur in einem gemeinsamen Bemühen erreicht werden können. Wir müssen gemeinsam auf unseren Stärken aufbauen und an unseren Schwächen arbeiten, und insbesondere dort handeln, wo wir für die Erreichung der SDGs noch keine Antworten haben. Wenn die SDGs Wirklichkeit werden sollen und Österreich in der internationalen Gemeinschaft nicht zum Nachzügler werden soll, kann unser Grundsatz für die vielen Herausforderungen nur lauten: Gemeinsam für eine nachhaltig bessere Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen,



Mag.^a Annelies Vilim
Geschäftsführerin
Globale Verantwortung -
Arbeitsgemeinschaft
für Entwicklung und
Humanitäre Hilfe



Ing. Heinz Hödl
Geschäftsführer
Koordinierungsstelle der
Österreichischen
Bischöflichen Konferenz für
internationale Entwicklung und
Mission (KOO)



Mag. Thomas Alge
Geschäftsführer
ÖKOBÜRO –
Allianz der Umweltbewegung